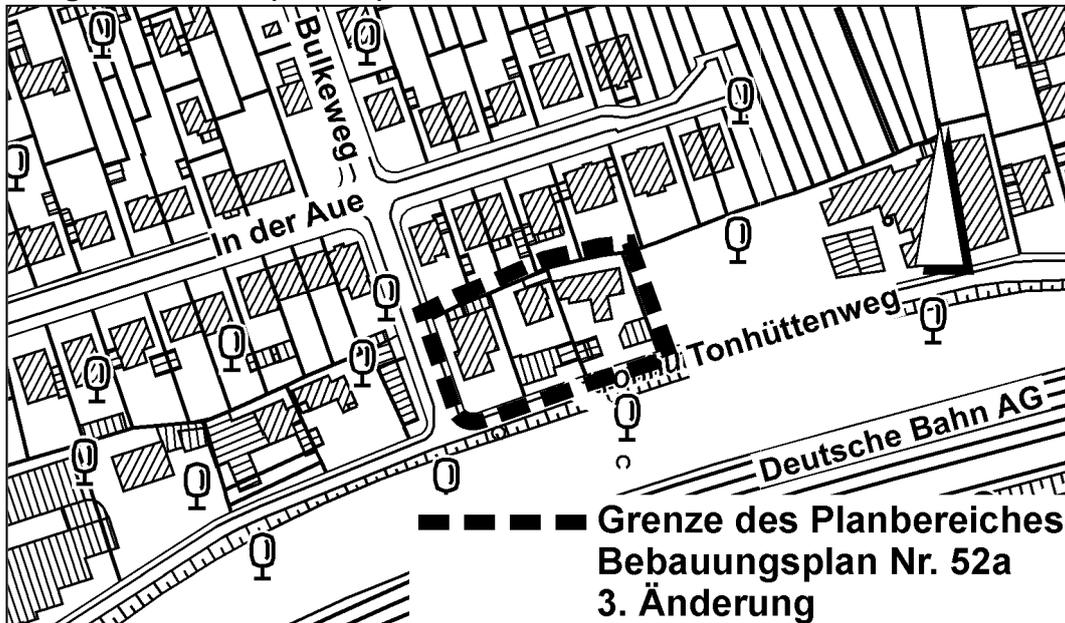


# STADTLIPPSTADT

## Öffentliche Bekanntmachung

### 3. Änderung des Bebauungsplanes der Stadt Lippstadt Nr. 52a „Hellinghäuser Weg / Tonhüttenweg“

hier: Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB)



Der Rat der Stadt Lippstadt hat am 23.05.2022 die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52a „Hellinghäuser Weg / Tonhüttenweg“ als Satzung beschlossen. Der Planbereich ist oben im Lageplan gekennzeichnet.

#### **Bekanntmachungsanordnung**

Der Satzungsbeschluss der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52a „Hellinghäuser Weg / Tonhüttenweg“ wird hiermit gem. § 10 BauGB öffentlich bekannt gemacht. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes tritt mit der Bekanntmachung in der Tageszeitung "Der Patriot" in Kraft. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52a „Hellinghäuser Weg / Tonhüttenweg“ wird mit der Begründung ab sofort zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei der Stadtverwaltung Lippstadt, Fachdienst Stadtplanung und Umweltschutz, Ostwall 1, bereitgehalten; über seinen Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Gemäß § 2 Abs. 3 der Bekanntmachungsverordnung für das Land NRW wird bestätigt, dass der oben aufgeführte Beschluss mit dem am 23.05.2022 durch den Rat gefassten Beschluss übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und Abs. 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist. Die Bekanntmachung ist auch auf der Internetseite der Stadt Lippstadt unter [www.lippstadt.de/stadthaus/schnellgefunden/veroeffentlichungen/bekanntmachungen/](http://www.lippstadt.de/stadthaus/schnellgefunden/veroeffentlichungen/bekanntmachungen/) einzusehen.

#### **Hinweise:**

Nach § 215 Abs.1 BauGB sind unbeachtlich:

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes,
- sowie ein nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtlicher Mangel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Lippstadt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (GO NRW) kann gem. § 7 Abs. 6 GO NRW nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- und Verfahrensfehler ist gegenüber der Stadt Lippstadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von Vermögensnachteilen, die durch den Bebauungsplan eintreten sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Lippstadt, den 22.08.2022

gez. Moritz

Bürgermeister